

# Wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Entwicklungen

## Mangelndes sozioökonomisches Verständnis – zu Teil 4

Wolfgang Krieger \*



**Der vierte Teil zu den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen seit 1945 bleibt hinter den Erwartungen zurück: Er spiegelt allzu sehr die hohlen Schlagworte der öffentlichen Diskurse, anstatt den Schülern solides Wissen über die zentralen Entwicklungslinien und Faktoren an die Hand zu geben.**

Im Vorfeld der Wahlkämpfe von 2007 hat der französische Finanzminister Thierry Breton einen „Conseil de diffusion de la culture économique“ eingerichtet. *Le Figaro* hält das für dringend notwendig. Enorme Wissensdefizite gebe es sowohl bei den Wahlkämpfern als auch bei ihrem Publikum: „... la France est un pays qui découvre l'économie moderne depuis une petite vingtaine d'années seulement ...“.<sup>1</sup>

Viel Glück, Monsieur Breton, aber rechnen Sie nicht mit einer Unterstützung durch das deutsch-französische Geschichtsbuch! Denn was dort im vierten Teil unter der Überschrift „Die technischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Veränderungen seit 1945“ (S. 178–231) an Erklärungen gegeben wird, hilft nun wirklich nicht weiter. Es reflektiert allenfalls die von hohlen Schlagworten, kruden Vorurteilen und trauriger Unkenntnis gekennzeichneten öffentlichen Debatten. Dabei wäre es die Aufgabe eines Geschichtsbuches, die großen Entwicklungslinien aufzuzeigen und die wichtigsten sie lenkenden Faktoren zu erklären. Dass hierzu auch ein paar volkswirtschaftliche Grundkenntnisse gehören, sollte selbstverständlich sein.

Bereits im ersten Abschnitt wird ein unreflektierter Pessimismus erkennbar, der sich bis zum Ende durchzieht. Pessimistisch gestimmt ist die

chronologische Einteilung in die vermeintlich gute Zeit vor 1973, drei Jahrzehnte des hohen Wirtschaftswachstums, und die Jahre seither, die durch allerlei Krisen gekennzeichnet sind, vom ersten Ölschock bis zur heutigen „délocalisation“, der Abwanderung von Firmen in die Billiglohnländer (S. 180). Für das Alltagsleben ist das gewiss keine sinnvolle Periodisierung, denn 1960 hatten die deutschen oder französischen Arbeiter kein Auto, kein Telefon, keine vier Wochen bezahlten Urlaub, keine Waschmaschine und keinen Fernseher, was 1980 für sehr viele der Fall war und kurz darauf selbstverständlich wurde. Von Stagnation ab 1973 war also nichts zu spüren.

Und weltwirtschaftlich? Gewiss stiegen die Ölpreise in den 1970er Jahren gewaltig an, aber mit welcher Konsequenz? Fuhren die Leute weniger mit dem Auto? Heizten sie weniger? Blieben die Flugzeuge am Boden? Natürlich nicht. Und übrigens sanken die Ölpreise danach wieder drastisch, weil neue Erdölanbieter auf den Markt kamen, auch europäische, und weil die arabischen Großlieferanten den Erdölkampf politisch nicht durchsetzen konnten. Davon allerdings erfährt der Schüler hier nichts. Dabei wäre ihm die Konkurrenz des Erdöls zu Erdgas, zur Kernenergie und zu den erneuerbaren Energien durchaus verständlich zu machen.

\* Prof. Dr. Wolfgang Krieger ist Professor für Neuere Geschichte an der Philipps-Universität Marburg.

Es wird ihm auch nicht klar gemacht, dass der Einschnitt von 1973 hauptsächlich für die Frage wichtig wurde, ob und wie weit freiheitliche Demokratien ihre Volkswirtschaften steuern können. Etwa bis zu diesem Wendejahr glaubte man an Steuerungsmöglichkeiten, beispielsweise an feste Wechselkurse („System von Bretton Woods“). Danach begann man zu erkennen, dass vieles von diesem Gedankengut sich als zunehmend unbrauchbar erwies. Für die Weltwirtschaft blieb davon eigentlich nur ein Prinzip übrig, das im Buch erwähnt, aber dessen wirtschaftliche Bedeutung nie erklärt wird: das Prinzip der Marktöffnung (Abbau von Handelsbeschränkungen durch das GATT, später die WTO), das sich übrigens bisher nur mühsam und unvollständig durchgesetzt hat. Für die großen Wirtschaftszonen, vor allem für die Europäische Union, sowie für die Einzelstaaten blieb die Suche nach zunehmend begrenzten, jedoch wirksamen Steuerungsmitteln, also eine neue Wirtschaftspolitik. Hier ist das zentrale Thema, um das es in diesem Abschnitt des Schulbuches geht, das aber nie direkt beim Namen genannt wird: das Verhältnis von Politik und Wirtschaft. Es ist ein „roter Faden“ für den Ost-West-Konflikt, teilweise auch für den Nord-Süd-Konflikt.

## Zu Kapitel 11: Ökonomische Veränderungen

Es beginnt mit der Kriegswirtschaft (S.182/ 183). Sie ist eine totale Kommandowirtschaft und zeigt somit, wie stark die Politik einwirken kann, um bestimmte Ziele, in diesem Fall die Waffenproduktion sowie die Lebensmittelversorgung, zu erreichen. Für die sowjetische Diktatur war diese Art der Wirtschaft der logische Weg, um den Sozialismus durch „Sowjetsystem plus Elektrifizierung“ zu erreichen, wie Lenin es formulierte, also eine neue Gesellschaftsform herzustellen und zugleich die Volkswirtschaft zu modernisieren. Diesem Modell blieb die UdSSR bis 1991 treu. Sie exportierte es nach Osteuropa. China und weitere Staaten übernahmen es. Übrigens ging es dabei

nicht nur um eine Planwirtschaft, die den wirtschaftlichen Bedarf nicht genau genug vorhersehen konnte und deshalb scheiterte, wie die Lektion „Markt oder Plan?“ (S. 194–195) ausführte, sondern es handelte sich um ein komplettes System der Unfreiheit, in dem zur Unfreiheit als Verbraucher noch diejenige des Arbeitnehmers und des Staatsbürgers hinzukam. Die sowjetische Planwirtschaft war also nicht nur schlecht organisiert und geführt, wie es bei einer Firma geschehen kann, die in Konkurs geht, sondern sie wollte den Menschen weder in der Wirtschaft noch im übrigen Leben frei sein lassen. Somit war es nicht ein Fall von falscher Wirtschaftspolitik, sondern von Freiheitsberaubung im weitesten Sinn, was man leider mit der hier praktizierten Sichtweise nach „Schubläden“, also der Trennung von Politik und Wirtschaft, nicht zu erkennen vermag.

### „Das zentrale Thema dieses Teils ist das Verhältnis von Politik und Wirtschaft.“

Es bleibt auch unverständlich, warum es in den demokratischen Staaten Westeuropas zu lebhaften Diskussionen darüber kam, ob das planwirtschaftliche Modell – gewiss in stark abgewandelter Form – zur Herstellung einer gerechteren moderneren Gesellschaft genutzt werden könnte, aber unter Beibehaltung der persönlichen Freiheit und der politischen Demokratie. Mit einer simplen Tabelle des wachsenden Staatsanteiles am Bruttosozialprodukt (auf über 50 Prozent in Westeuropa) wäre diese Entwicklung anschaulich zu machen. Aus dieser Debatte entstand der stark ausgedehnte Sozialstaat und, insbesondere in Großbritannien und Frankreich, die Verstaatlichung zahlreicher „Schlüsselsektoren“. In Deutschland kämpfte Ludwig Erhard für eine stärkere Konkurrenz der privatwirtschaftlichen Großbetriebe, aber auch dort griff der Staat tief in das Wirtschaftsleben ein.

Die europäische Integration seit 1950 war zunächst weitgehend ein Zusammenschluss derartiger Wirtschaftseingriffe, sie wurde jedoch später dem Prinzip der Marktöffnung (Zollsenkung) zugänglich und wich schließlich seit den 1980er Jahren einer aktiven Privatisierungs- und Deregulierungspolitik. Die Mitgliedstaaten sollten weniger auf die Wirtschaft einwirken, sowohl einzeln als auch gemeinschaftlich. In diesem Prozess des

Umdenkens spielte Margaret Thatcher eine wichtige Rolle, weil sie wie kaum ein anderer Politiker die alte Politik der Staatsintervention scharf kritisierte. Kein Wunder, denn Großbritannien hatte diese Politik in Westeuropa am intensivsten betrieben und seit Beginn der 1960er Jahre (also lange vor dem magischen Jahr 1973!) am meisten unter der massiven Staatsintervention gelitten.

Wenn man schon, wie es dieses Schulbuch tut, die aktuellen Fragen in den Vordergrund stellt und dabei die letzten 60 Jahre zu einer Art von Hinführung auf die Aktualität degradiert, dann müsste man diesen geistigen Kern der Debatten, also das Verhältnis von Politik und Wirtschaft, sinnvoll erklären. Erst dann würde auch die Debatte um die Globalisierung besser verständlich. Im Schulbuch heißt es dazu: „Märkte (...) wachsen auf einer übernationalen Ebene in einem vorher nie gekannten Ausmaß zusammen“ (S. 192). Aber wer hat sie denn zuvor aufgehalten?, muss man hier fragen. Und warum haben sich die kommunistischen Staaten jahrzehntelang kaum an der Weltwirtschaft beteiligt? Warum hat die Sowjetunion die Abkommen von Bretton Woods unterschrieben, ohne dann der Weltbank beizutreten? (Ein kurzer Hinweis ist auf S. 182 zu finden). Warum hat sie sich am Marshallplan nicht beteiligt, obwohl der sowjetische Außenminister zunächst mit einer großen Expertendelegation am Verhandlungstisch in Paris saß (im Sommer 1947)? Die Antwort ist eine politisch-ideologische: Weil die politische Führung die totale Kontrolle über ihre Volkswirtschaft behalten und sich den Marktmechanismen nicht aussetzen wollte.

Mit der Niederlage ihres Modells haben sich zuerst China, dann Russland und die übrigen neuen Demokratien binnen weniger Jahre (um 1990) den Weltmärkten geöffnet. Das Resultat ist die Globalisierung, die nichts weniger als eine Erweiterung des freien Weltmarktes um nahezu ein Drittel der Weltbevölkerung darstellt. Gewiss entstanden dadurch lokale und sektorale Anpassungskrisen. Aber zugleich, und darauf wird nirgendwo hingewiesen, entstanden riesige Chancen, gerade auch für Europa. Exporte stiegen drastisch an, Preise sanken und ließen dadurch vielerlei Waren und Dienstleistungen für breite Käuferschichten erstmals erreichbar werden. Autos,

Elektronikartikel und Ferienreisen wurden in einem Maß sozial nach „unten“ gestreut, wie es zuvor undenkbar war. Aber das alles wird von der soeben zitierten Definition von „mondialisation“ nicht erfasst.

Noch schlechter ist die Definition des „altermondialisme“, also der Globalisierungsgegner in der französischen Fassung: Es sei ein „mouvement qui [...] propose une autre forme de mondialisation, jugée plus conforme à l'intérêt des peuples.“ (S. 192). Was für eine verdummende Ausdrucksweise! Die „Volksdemokratie“ lässt grüßen! Soll denn „plus conforme à l'intérêt des peuples“ heißen, dass die demokratisch gewählten Politiker – von den Sozialisten bis hin zu den Konservativen – allesamt Volksverräter sind?

Gewiss gibt es die hier zitierte „délocalisation“, also die Verlagerung von Produktion und Service in Billiglohnländer. Aber noch ist nicht bewiesen, dass unter dem Strich (also gesamtwirtschaftlich über mehrere Jahre gerechnet) die hochentwickelten, exportstarken Länder Verluste dabei machen. Und womit, bitteschön, sollen die ärmeren neuen Weltmarktteilnehmer ihre Importe aus den reichen Nordstaaten bezahlen, wenn nicht mit Arbeit und mit eigenen Exporten? Soviel schlichte Marktwirtschaft kann man den jüngsten Schülern in einer einzigen Schulstunde erklären, indem man auf das Einmaleins der Marktwirtschaft hinweist. Aber hier liegt der Hund begraben. Eben dieses ökonomische Einmaleins gibt es nirgendwo in diesem Schulbuch.

Zwar werden manche Einzelfragen gut durch Diagramme und längere Textzitate präsentiert, beispielsweise der „Sozialstaat in der Krise“ (S. 196/197). Aber mit der „concurrence internationale“, also wieder mit der Globalisierung, die hier verantwortlich gemacht wird, hat das wenig zu tun. Auch die Verbindung zum ebenfalls gut präsentierten „alternden Norden“ (S. 204, Kapitel 12), also dem starken Geburtenrückgang, reicht nicht aus. Es fehlen schlichtweg die Hinweise auf die stark gestiegenen Ansprüche (Renten, Pensionen, Gesundheitskosten, Sozialunterstützungen) sowie auf die fatale Bindung an die Umlauf- und Steuerfinanzierung der Systeme. Gäbe es eine Rentenfinanzierung aus Kapitalstöcken, ein wettbewerbsorientiertes Gesundheitssystem und eine bessere

Kontrolle der Sozialunterstützung, so wäre das Problem der Sozialkassen weithin gelöst.

Auch die um ein Vielfaches besser gewordene medizinische Versorgung wird nirgends erwähnt. Patienten mit Geräten und Krankensälen der 1950er Jahre zu versorgen, wäre leicht zu finanzieren. Aber das will verständlicherweise niemand. Und auch dieses Problem ist jedem Schüler schnell erklärt. Moderne Medizin leistet ein Vielfaches mehr und steigt deshalb im Preis. Dass die rasch wachsende Zahl der sehr alten Leute besonders viel Medizin und Pflege braucht, dürfte jeder Schüler aus der eigenen Familie wissen. Somit ist die Krise des Sozialstaates nicht hauptsächlich auf die Zunahme des Durchschnittsalters zurückzuführen, sondern auf eine bestimmte Politik der Wirtschaftssteuerung, die wiederum bestimmte Interessenkonflikte hervorruft. Mit den Billiglöhnen in Osteuropa und China hat das herzlich wenig zu tun. Wie könnte es

sonst sein, dass bestimmte west- und nordeuropäische Staaten, insbesondere kleinere, am Weltmarkt also schwächere, eine erheblich geringere Arbeitslosigkeit aufweisen? (Dänemark beispielsweise). Obgleich es in Norwegen keine staatlich verordneten Kuren gibt, dafür aber die Leute bis Ende 60 (und noch länger) arbeiten, ist dort die Lebenserwartung am höchsten. Und der Sozialstaat existiert weiter, dank einer anderen Politik als in Deutschland oder Frankreich. Gerade an dieser Stelle verweigert das deutsch-französische Schulbuch die vergleichende Betrachtung, obwohl sie doch so vieles erhellen würde.

Statt Pessimismus zu verbreiten, indem man Gegenargumente unter den Tisch fallen lässt, wäre es besser, Konfliktmechanismen und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Wie sonst will man die Schüler zu mündigen Staatsbürgern machen, die in wenigen Jahren mithelfen müssen, die Probleme anzupacken? Doch nicht mit einer Wirtschaftsgeschichte ohne Markt, ohne Politik und ohne Hinweis auf die Chancen für Leute, die ihr Leben noch vor sich haben! Schulbücher sind natürlich nicht dazu da, gute Laune zu verbreiten, aber sie dürfen sich auch nicht die larmoyante, einseitige Sichtweise bestimmter „Diskurse“ zu eigen machen.

Man nehme nur die Statistik über die Lohnkosten auf der Welt (S. 197). Ein schlauer Schüler könnte die Frage stellen, warum in Frankreich und Deutschland überhaupt noch produziert wird, wenn in Osteuropa, beispielsweise in Polen und in der Slowakei, die Lohnkosten nur 15–20 Prozent der französischen oder deutschen betragen. Es muss also Gründe geben, warum Lohnkosten nicht oder nur in bestimmten Fällen und in wenigen Branchen (Beispiel Textilien) den Ausschlag geben. Statt ökonomischer Fachtermini, die schlecht erklärt werden, könnte man einfach die Klamotten, die Turnschuhe und die Elektronikgeräte der Schüler zu Anschauungsobjekten machen. Warum kaufen die gleichen Leute chinesische Bekleidung, die eine Delokalisierung und den Untergang der französischen und deutschen Textilindustrie befürchten? Die Antwort ist ziemlich einfach und jedem Schüler verständlich zu

**„Das ökonomische Einmaleins gibt es nirgendwo in diesem Schulbuch.“**

machen. Die meisten Leute verhalten sich beim Einkaufen marktwirtschaftlich, ohne sich um die Konsequenzen zu kümmern. Sie kaufen im gigantischen Einkaufszentrum und jammern, dass die Klein Händler in der Nachbarschaft

schließen müssen. Aber bei den Arbeitsplätzen und bei der Absicherung von Lebensrisiken (Unfall, Krankheit, Alter) rufen sie nach Staatsintervention, wollen also nichts der Marktkonkurrenz und möglichst wenig der freien Privatverantwortung überlassen.

Auch in diesem Buch ruft man nach dem Staat, zitiert salbungsvolle Worte aus internationalen Organisationen, aber nirgendwo findet sich ein Wort über die finanzielle Ausstattung des Staates. Nirgendwo ein Hinweis, dass die Bürger Steuern und Abgaben zahlen müssen, die eben nur aus dem erwirtschafteten Ertrag fließen können. Irgendwie scheint sich der Staat von Luft zu ernähren. Dass durch die Kassen des französischen und des deutschen Staates etwa 50 Prozent des Bruttosozialproduktes fließen, bleibt ein wohlgehetetes Geheimnis. Auch die wachsenden Staatsschulden werden nur bei der Politik von Ronald Reagan erwähnt (S. 190), obwohl ausgerechnet die USA einen Großteil dieses Schuldenberges seither abgetragen haben, während die Staats-

schulden der Europäer weiterhin wachsen. Erwähnt wird auch nicht die Möglichkeit der Reichen und der Investoren, jene Staaten zu meiden, deren Infrastruktur und deren Politik ihnen nicht passt.

## Zu Kapitel 12: Die Weltbevölkerung

Gut illustriert, aber schlecht erklärt ist die wachsende Weltbevölkerung (S. 200/201). Was hat es damit auf sich? Warum haben die Ehepaare in den armen Ländern so viele Kinder, obgleich sie doch für sich selbst kaum genug zu essen haben? Und warum gibt es so zu wenig Kinder im reichen Norden? Warum haben Leute überhaupt Kinder? Die Theorie des „demographischen Übergangs“ (S. 202) wird mit wenigen, komplizierten Worten erklärt, wo es auch einfach ginge. Aber was trägt sie zum Verständnis bei? Was sagt sie uns? Dass alles nicht so schlimm ist, wie es aussieht? Bei den Geburtsstatistiken (S. 204) fehlt übrigens der schlichte Hinweis, dass bei uns jede Frau 2,1 Kinder haben müsste, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten. Wie soll man ohne diese Orientierung den Sinn der Zahlen überhaupt erkennen?

Zu den hohen Geburtenraten in den ärmeren Weltregionen fehlt der Hinweis auf die sprunghaft zunehmende Überlebensrate der Säuglinge und Mütter, welche durch gesündere Ernährung und moderne Medizin erklärbar ist. Beides kam übrigens aus dem reichen Norden in den armen Süden. (Entgegen der politisch korrekten Denkweise bestanden die Nord-Süd-Beziehungen also nicht nur aus kolonialer Ausbeutung. Aber dieser vom französischen Parlament beschlossene Hinweis darf seit kurzem den französischen Lehrern nicht mehr vorgegeben werden.) Allerdings erklärt die verbesserte Hygiene nicht alles. Es müssen kulturelle Faktoren hinzu genommen werden. Dabei darf aber „Familienplanung“ nicht wie hier nur als eine Regierungspolitik verstanden werden, sondern muss im Rahmen der Verantwortung von erwachsenen Männern und Frauen gesehen werden. Man darf doch wohl einen Hinweis darauf erwarten, dass den Frauen der ärmeren Welt schlichtweg die Möglichkeit fehlt, ihre Fruchtbarkeit nach eigenem Willen zu regeln, wobei die Männer

oftmals weder auf die Frauen noch auf die nicht adäquat zu versorgenden Kinder Rücksicht nehmen? Fehlanzeige! Erst beim Thema moderne Familien und emanzipierte Frauen (S. 208–211) fällt das Stichwort „Pille“, wenn auch nur auf dem Foto einer niederländischen Protestaktion. Aber jetzt wird die Verantwortung für Kinder, Frauen und Familien als reines Thema der reichen Welt, also von Westeuropa behandelt, ganz so, als würde es in der übrigen Welt keine Rolle spielen. Dabei hat bereits der Willy-Brandt-Bericht der UNO („Nord-Süd-Kommission“ 1977) darauf hingewiesen, dass die Rolle der Frauen das größte Problem von Entwicklung und sozialer Gerechtigkeit in der Dritten Welt ist. Und daran hat sich leider wenig geändert. Die Brisanz dieses Themas erkennen Schüler sogleich an den Konflikten bei Einwandererfamilien aus dem Süden, die mit dem modernen Frauenbild in Deutschland und Frankreich sowie mit einer völlig fremden Rechtslage (Menschenrechte für Frauen und Kinder) konfrontiert werden.

Schließlich ist zu bezweifeln, ob die heutigen Schüler eine ausführliche Definition der „soixante-huitards“, der „Achtundsechziger“, brauchen (S. 208). Aber einen wichtigen Unterschied bei außerehelichen Geburten, die seit 1980 in Frankreich weit stärker ansteigen als in Deutschland (Graphik S. 209), hätte man doch erklären müssen. Ob nämlich ein minderjähriges Mädchen oder ob eine wohlversorgte, mit einem Partner zusammenlebende erwachsene Frau (beispielsweise Ségolène Royal) „uneheliche“ Kinder bekommt, ist ja wohl nicht in einer einzigen graphischen Kurve zu vereinigen. Wenn zwei das gleiche tun, ist es bekanntlich nicht immer das selbe.

Die „traditionelle“ Familie nur in einem antiquierten Statement eines CDU-Innenministers von 1953 zu Wort kommen zu lassen, erscheint reichlich demagogisch. (Die Gegenposition wird durch ein überlanges Zitat von Simone de Beauvoir repräsentiert. Deutsch steht also für den Mief, französisch für die Befreiung ...). Die deutsch-französische Statistik von Heiraten und Scheidungen wird in absoluten Zahlen gegeben, was graphisch eine große Verzerrung hervorruft (aufgrund der unterschiedlich großen Gesamtbevölkerungen), ohne Erklärungswert für die gestellte

Frage (S. 209). Und dass mit einer „Pluralität der Lebensformen“ (S. 208) die Krise des umlagefinanzierten Sozialstaates verschärft wird (ausdrücklich nicht des Sozialstaates an sich!), müsste man ehrlicherweise zugeben. Das geschieht aber nicht.

Unsinn ist auch die Behauptung, die Zunahme der Einzelhaushalte habe etwas mit dem Verlust von sozialen Bindungen zu tun (S. 212), denn zunächst einmal handelt es sich um ein Wohlstandsphänomen. Die verwitwete Rentnerin und der Student können sich heute überwiegend eine eigene Wohnung leisten, was bis in die 1970er oder 1980er Jahre hinein nicht der Fall war. (Allerdings haben in Frankreich auch heute nur wenige Studenten eine eigene Wohnung.) Bei Studenten führt diese Einzelwohnung gewiss nicht zu einer Vereinsamung, wie man weiß, während es bei alten Menschen durchaus der Fall sein kann. Es reicht also nicht, zwei Behauptungen zur Auswahl anzubieten „je nach Standpunkt“ (S. 212), sondern es geht um eine leicht verständliche soziologische Unterscheidung.

## Zu Kapitel 13: Kulturelle Veränderungen

Gut gelungen ist der Abschnitt über Kultur, vor allem über Religion (Kapitel 12), Film, Sprache und populäre Musik. Zur Religion nimmt man schöne Zitate von Papst Benedikt XVI. sowie aus der *Zeit*. Unmöglich kann aber die in einer Statistik präsentierte Zahl der Muslime in Frankreich bei 0,1 Prozent liegen. In Wirklichkeit sind es weit über 10 Prozent. Auch für Deutschland sind die angegebenen 2,1 Prozent viel zu wenig, denn allein die aus der Türkei Zugewanderten machen 3 Prozent der Bevölkerung aus. Hinzu kommen Iraner, Iraker, Bosnier, Nordafrikaner und viele andere. Der Hinweis, es sei die Zugehörigkeit zu einer „Religionsgemeinschaft“ (S. 215) erfasst, ist sozialhistorisch irrelevant und religionsgeschichtlich absurd, denn im Islam gibt es bekanntlich kei-

ne den christlichen Kirchen vergleichbaren Organisationen.

Wagemutig erscheint die Überschrift „Ein besserer Zugang zum Wissen / progrès culturel“ (S. 220). Gibt es hier lauter Fortschritte, während die übrige Wirtschafts- und Sozialgeschichte überwiegend aus Krisen besteht? Wird die Sprachpolitik sehr „franco-français“ erfasst – durchaus nützlich für deutsche Schüler übrigens –, so bleibt es für die restliche Welt beim Hinweis auf die Dominanz der Hollywood-Filme und der anglophonen Popmusik sowie bei dem Fingerzeig auf die sozial und global ungleiche Verteilung des Internetzuganges. Es fehlt allerdings der entscheidende Hinweis, dass die kulturelle Globalisierung, hauptsächlich die westliche, für viele andere Kulturen eine dramatische Herausforderung darstellt. Am brisantesten erscheint das Problem in der muslimischen Welt des Mittleren Ostens und Nordafrikas, wo es als Hintergrund des islamistischen Terrorismus zu sehen ist – aber auch der innermuslimischen Kulturkämpfe um die Verschleierung der Frauen und damit grundsätzlich um die Rolle der Frau in der modernen Welt. Wiederum wird eine Chance verpasst, die großen historischen Entwicklungstrends mit den eigenen Erfahrungen der Schüler in Kontakt zu bringen.

So bleibt eine reichlich gemischte Bilanz zu erstellen. Viel nützliches Anschauungsmaterial gepaart mit trefflich ausgesuchten Texten steht auf einer reichlich wackeligen Zusammenschau von 60 Jahren an wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und kultureller Entwicklung – mit ideologischen Beimischungen, die man hauptsächlich an den Auslassungen erkennt. Wie soll man die Schüler mit diesem übermäßig verkürzten Gelehrtenkauerwelsch ansprechen, das mit dem eigenen Erleben von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft so wenig zu tun hat, obwohl die Brücken doch an vielen Stellen leicht zu schlagen wären? Diese Arbeit bleibt wieder einmal den Lehrern überlassen, von denen zu hoffen ist, dass sie die Lücken füllen sowie die Statistiken berichtigen und sinnvoll ausdeuten.

1 *Le Figaro*, 9./10.9.2006, S.19.